

Gewerkschaften und Labour Party in Großbritannien*

John Thane arbeitet als wissenschaftlicher Referent bei der National and Local Government Officers Association (NALGO). Von 1964 bis 1969 war er in der Forschungsabteilung der Labour Party und von 1969 bis 1973 als Beauftragter der Partei für Politische Bildung beschäftigt. Seit 1971 ist er Labour-Abgeordneter im Stadtrat des Londoner Stadtteils Camden.

In den 70er Jahren war die britische Gewerkschaftsbewegung gewachsen, die Mitgliederzahl fast um ein Drittel auf mehr als 13 Millionen angestiegen. Der Organisationsgrad war von 47 Prozent im Jahre 1970 auf über 56 Prozent im Jahr

* Die Redaktion dankt Franz Brüggemeier, Essen, für die Arbeit an der Übersetzung.

1979 geklettert. Mehr als 12 Millionen der Mitglieder gehörten zu den 109 Gewerkschaften, die dem britischen Gewerkschaftsbund TUC angeschlossen sind. Diese wachsende Konzentration der Mitglieder war ein herausragendes Merkmal der 70er Jahre, ebenso wie der enorme Anstieg im Organisationsgrad der Frauen und der Angestellten, die traditionell nur sehr schwer als Mitglieder zu gewinnen gewesen waren. Dieses Wachstum stand in bemerkenswertem Gegensatz zum Stillstand der fünfziger, aber auch des größeren Teils der sechziger Jahre'.

Auch der politische Einfluß der Gewerkschaften war beträchtlich. Die Niederlage der Labour-Regierung unter Harold Wilson im Jahre 1970 ging zum Teil auf den erfolgreichen Widerstand der Gewerkschaften gegen Gesetzesinitiativen zurück, mit denen der Aktionsspielraum der Gewerkschaften eingeschränkt werden sollte. In der darauffolgenden Wahl entzogen auf der einen Seite verstimimte Gewerkschafter der Regierung ihre Unterstützung, aber auf der anderen Seite auch diejenigen, die zwar diese „Reformen“ befürworteten, sich jedoch über das Versagen der Regierung gegenüber dem gewerkschaftlichen Widerstand beklagten.

Der Widerstand der Gewerkschaften gegen den „Industrial Relations Act“ der neuen konservativen Regierung war weniger erfolgreich. Dieses Gesetz gewährte dem einzelnen Arbeiter neue Rechte, sah jedoch gleichzeitig ein neues Registrierungssystem für die Gewerkschaften vor, verschlechterte ihre juristische Position und schuf einen nationalen Arbeitsgerichtshof (Industrial Relations Court) sowie eine ganze Reihe von Schlichtungsstellen, die Beschwerden über „unfaireres Verhalten bei Arbeitskonflikten“ behandeln sollten. Die Militanz der Gewerkschaften und Versuche der konservativen Regierung, den Einkommensanstieg zu begrenzen, erleichterten jedoch die Rekrutierung neuer Mitglieder und führte dazu, daß die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage auf eine neue Rekordmarke anstieg; eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt in den beiden Bergarbeiter-Streiks von 1972 und 1974 erreichte. Der zweite Streik veranlaßte Premierminister Heath unter dem Motto „Wer regiert das Land?“, die Unterhauswahl auf den Februar 1974 vorzuverlegen. Er verlor die Wahl, doch weder in dieser noch bei der erneuten Wahl im darauffolgenden Oktober konnte die Labour Party eine sichere Mehrheit erringen. Eine Folge war, daß ihr Programm, das in enger Zusammenarbeit mit dem TUC erstellt worden war, nicht voll durchgeführt wurde. Das ehrgeizige Vorhaben eines Sozialabkommens (Social Contract), der als Gegenleistung für die Zustimmung zu einer Lohn- und Preiskontrolle die Aufhebung des „Industrial Relations Act“ und seinen Ersatz durch Gesetze vorsah, die für die Gewerkschaften günstiger waren¹, fiel deshalb immer mehr in sich zusammen, während sich gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte. Im September 1978 sprach Premierminister James Callaghan auf dem TUC-Kongreß in Brighton, doch er kündigte nicht, wie seine Anhänger in den Gewerkschaften erwartet hatten, eine erneute Unterhaus-

¹ Die „Department of Employment Gazette“ veröffentlicht jährlich einen Aufsatz über die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften im vorausgegangenen Jahr, der in der Dezemberausgabe erscheint.

wahl an. Statt dessen sprach er sich für eine neue Tarifvereinbarung aus, bei der der Anstieg der Löhne nicht über 5 Prozent hinausgehen sollte.

Zahlreiche Gewerkschaftsführer hatten vorher erklärt, daß dieses Vorhaben unrealistisch sei. Im folgenden Winter kam es zu weitverbreiteten Arbeitskämpfen, vor allem unter den schlecht bezahlten Arbeitergruppen des öffentlichen Dienstes. Der Anspruch der Regierung, sie sei in der Lage, mit den Gewerkschaften zu wirksamen Absprachen zu kommen, wurde brüchig. Die Konservativen, die mittlerweile von Margaret Thatcher angeführt wurden, erzielten im darauffolgenden Frühjahr einen überwältigenden Wahlerfolg. Margaret Thatcher ließ keinen Zweifel daran, daß die Zeiten einer engen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften und des starken gewerkschaftlichen Einflusses auf die Politik, der ihnen durch den „Social Contract“ - zumindest theoretisch - eingeräumt worden war, nun vorüber waren. Sie beabsichtigte, sich direkter Eingriffe in die Wirtschaft oder in Lohnvereinbarungen zu enthalten, die öffentlichen Ausgaben einzuschränken und sich mehr auf marktwirtschaftliche Kräfte zu verlassen, die durch Steuer-senkungen für die Wohlhabenden als Anreiz für die Privatwirtschaft gestärkt werden sollten. Schließlich wollte sie die Inflation, die während der 70er Jahre die Zahlungs- und Handelsbilanz als wichtigste Hemmfaktoren für wirtschaftliches Wachstum abgelöst hatte, allein durch die Kontrolle der Geldmenge in den Griff bekommen.

Am Ende des Jahrzehnts - so ließe sich argumentieren - hatten die Gewerkschaften entscheidenden Anteil am Sturz dreier Regierungen gehabt, sahen sich jetzt aber mit einer ständig schlechter werdenden Wirtschaftslage und einer Regierung konfrontiert, deren Führerin fest entschlossen war, die Gewerkschaften herauszufordern und an ihrer eigenen konservativen Krisenlösungsstrategie festzuhalten. Die Gewerkschaften mußten nun eine Vorgehensweise finden, die es ihnen erlaubte, der Regierung - die erste seit dem Krieg, die nicht einmal an einer Kooperation interessiert war - Widerstand zu leisten. Gleichzeitig mußten es die Gewerkschaften darauf anlegen, eine künftige Labour-Regierung programmatisch und praktisch zu einer für die Gewerkschaften annehmbaren Politik zu veranlassen.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher

Die Regierung hat ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen bei mehreren Gelegenheiten deutlich gemacht². Drei wichtige Grundaussagen lassen sich unterscheiden:

1. Die kontinuierliche Kürzung der öffentlichen Ausgaben und die Verringerung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor,

² Einschließlich der „Public Expenditure White Paper“ 1980/81 (Cmnd. 7746), des „Budget Statement“ und des Expenditure Plans White Paper 1980/81 to 1983-84 (Cmnd. 7841).

2. die Einführung von Maßnahmen, die geeignet sind, Anreize für marktwirtschaftliche Kräfte zu schaffen,
3. die generelle Kontrolle der Wirtschaft durch Manipulation der wichtigen monetären Variablen: die umlaufende Geldmenge, die Kreditaufnahmen des öffentlichen Sektors (PSBR) und der Diskontsatz.

Diese Pläne bedeuten einen radikalen Bruch des Konsensus über staatliche Wirtschaftspolitik, wie er seit Ende des 2. Weltkriegs bestanden hatte. Beispielsweise scheint die jetzige Regierung nicht länger akzeptieren zu wollen, daß sie Verantwortung für einen hohen Beschäftigungsgrad trägt. Regierungssprecher betonen häufig mit Nachdruck, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik sei der einzig mögliche Weg, Großbritanniens derzeitige Schwierigkeiten zu überwinden, nachdem alle anderen Versuche gescheitert seien.

Die Regierung beabsichtigt, zwischen 1979/80 und 1983/84 bei den öffentlichen Ausgaben mindestens 40 Prozent zu kürzen, d. h. 4 Mrd. Pfund. Das bliebe 554 Prozent unter den Zieldaten der vorhergehenden Regierung; für 1982/83 wären es sogar 11 Prozent, was der enormen Summe von 9 Mrd. Pfund entspricht. Die tatsächlichen Kürzungen könnten noch höher ausfallen, da das entsprechende Regierungs-Weißbuch nicht realisierte Ausgaben in Höhe von nur 1 bis 154 Prozent annimmt, verglichen mit realen 5 Prozent bzw. 3,2 Prozent in den letzten beiden Jahren. Zusätzlich werden weitere Kürzungen unumgänglich werden, weil für die Ausgaben Höchstgrenzen festgesetzt sind, die die Inflationsrate nicht hinreichend berücksichtigen - was auch der Schatzkanzler zugibt. Der TUC schätzt, daß allein diese Kürzungen im laufenden Jahr 400 000 Arbeitsplätze gefährden, die Hälfte davon in der privaten Wirtschaft, vor allem im Baugewerbe.

Die Verschärfung der Krise

Alle ökonomischen Indikatoren weisen gegenwärtig daraufhin, daß die britische Wirtschaft sich in einer viel tiefergehenden Rezession befindet, als es Anfang 1980 vorausgesagt wurde:

Die Arbeitslosigkeit beträgt gegenwärtig 2 067 000 bzw. 8,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, der höchste Stand der Nachkriegszeit. Der zugrunde liegende Trend hat sich in den letzten Monaten eindeutig verschlechtert, und die kurz- bis mittelfristigen Aussichten sind düster. Es ist wahrscheinlich, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Winter auf 254 Millionen ansteigen wird, insgesamt werden aber etwa 3 Millionen ohne Arbeit sein, da bis zu 20 Prozent der Arbeitslosen sich nicht beim Arbeitsamt melden.

Das *Bruttosozialprodukt* hat sich in jedem Quartal dieses Jahres verringert; der Rückgang im dritten Quartal war der stärkste seit dem 2. Weltkrieg. Die Gesamtproduktion liegt zur Zeit 9 Prozent unter dem Stand des Vorjahres; die industrielle

Fertigung ist 11% Prozent niedriger. Die Schrumpfrate ist doppelt so hoch wie bei der letzten Rezession 1975 und befindet sich auf der niedrigsten Stufe seit 1967 (zum Vergleich: das Finanzministerium hat im März 1980 angegeben, für das ganze Jahr 1980 würden 4,5 Prozent nicht überschritten).

Der Index für *Einzelhandelspreise* wies im September 1980 einen Anstieg von 15,9 Prozent gegenüber September 1979 auf. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Rezession und der gegenwärtig hohe Wechselkurs des Pfundes die Inflationsrate herabzudrücken beginnen. Andererseits führt jedoch die Regierungspolitik im öffentlichen Sektor zu einer Erhöhung der Gebühren und zu einem Preisanstieg bei den verstaatlichten Industrien, was wiederum kurzfristig den Anstieg des Preisindex auf einem relativ hohen Niveau halten wird.

Es gibt Hinweise darauf, daß der *Einkommenszuwachs* allmählich geringer wird - das Durchschnittseinkommen im Juli 1980 lag 18,8 Prozent höher als im Juli 1979. Ferner gibt es Anzeichen dafür, daß die Laufzeit von Lohnvereinbarungen länger ist als früher, was die Vermutung nahelegt, daß die Gefahr von Entlassungen in einigen Branchen ein gewichtiger Verhandlungsfaktor ist. Gerade ist für den öffentlichen Sektor eine inoffizielle Lohnleitlinie angekündigt worden, die bei 6 Prozent liegt.

Besonders groß war der Einfluß der monetaristischen Politik der Regierung auf den *Wechselkurs*; gegenwärtig ist das Pfund so sehr überbewertet, daß die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie gegenüber dem 4. Quartal 1976 um mehr als 40 Prozent zurückgegangen ist. Die Rezession des Binnenmarktes und das Nordseeöl werden jedoch wahrscheinlich dazu führen, daß es zumindest kurzfristig einen *Zahlungsbilanzüberschuß* geben wird. Die langfristigen Folgen werden jedoch vor allem für die exportorientierte verarbeitende Industrie so schwerwiegend sein, daß jede konjunkturelle Wiederbelebung sehr bald Zahlungsbilanzprobleme aufwirft, wenn sie nicht von strukturellen Änderungen, z. B. einer Einfuhr-Kontrolle, begleitet wird.

Die Gewerkschaftsbewegung sieht sich vor eine doppelte Herausforderung gestellt: Ihr Einfluß ist reduziert worden. Die Regierung - obgleich sie sich vor kurzem bereit erklärte, eine Delegation des General Council des TUC zu empfangen - hört nicht auf die Ansichten der Gewerkschaften. Sie bemüht sich nicht um deren Unterstützung, ja nicht einmal um eine aktive Kooperation. Da die Arbeitslosigkeit steigt, ist die Mitgliederstärke der Gewerkschaften gefährdet, und viele müssen nun zum ersten Mal seit einigen Jahren einen Verlust an Mitgliedern und an Einkünften hinnehmen.

Die TUC-„Kampagne für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ mußte zwangsläufig nutzlos erscheinen; die Märsche, Versammlungen, Broschüren, Einflußnahmen auf das Parlament usw. zeigten bisher wenig Wirkung. Trotzdem ist beabsichtigt, die Kampagne fortzusetzen und sie im Frühjahr 1981 in einer regiona-

len und nationalen Aktionswoche gipfeln zu lassen. Arbeitskämpfe mit dem Ziel, einen politischen Wechsel herbeizuführen, wurden mit Ausnahme des heftig kritisierten Aktionstages am 14. Mai 1980 abgelehnt. Obwohl an diesem Tage mehrere 100 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verließen und bei Demonstrationen mitmarschierten, und obwohl die beteiligten Arbeitnehmer dies als der Mühe wert erachteten, blieben die meisten an ihrem Arbeitsplatz, und die Medien konnten den Aktionstag als Fiasko darstellen. Dennoch ist es auch weiter erforderlich, daß die organisierte Arbeiterschaft so lange für alle hörbar ihre Stimme, erhebt, bis die Regierung gezwungen sein wird - was sehr wahrscheinlich ist - ihren Kurs zu ändern. Die wachsende Arbeitslosigkeit - vor allem die Dauerarbeitslosigkeit der jungen Menschen, die noch keine regelmäßige Beschäftigung hatten - schafft eine Situation, die auf die Dauer untragbar wird. Die Gewerkschaften werden Alternativen bieten müssen, um Verzweiflung und Gewalt entgegenzuwirken.

Die zu erwartenden Auswirkungen des kontinuierlich hohen Zinsniveaus haben bei den Unternehmern beinahe Panik ausgelöst. So lassen sich die Forderung des Verbandes der Britischen Industrie nach einer sofortigen Senkung des Diskontsatzes um 4 Prozent und die Rede seines Präsidenten deuten, der der Regierung eine Konfrontation mit „bloßen Fäusten“ androhte, falls sie darauf nicht eingehe. Seine Wortwahl wurde anschließend kritisiert, doch seine Ansichten werden weithin geteilt. Presseberichte legen nahe, daß die wachsende Übereinstimmung in der Ablehnung der Regierungspolitik langsam das Kräfteverhältnis im Kabinett zu verändern beginnt. Und es gibt einen wachsenden und tendenziell erfolgreichen Widerstand gegen den vergeblichen Versuch, die Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben zu verringern. Deren wirkliches Ergebnis sind nämlich steigende Kreditaufnahmen, da die Regierung die Kosten für soziale Absicherung, Arbeitslosenunterstützungen, Entschädigungen für Entlassungen usw. tragen muß, die sich aus eben diesen „Einsparungen“ ergeben. Außerdem wächst der Widerstand gegen die Reaktion der Regierung auf dieses Phänomen, nämlich den realen Umfang der Sozialleistungen zu senken.

Die neue gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung

Ein weiteres Problem für die Gewerkschaften ist eine Gesetzesvorlage, die merkwürdigerweise „Beschäftigungsgesetz“ (Employment Act) heißt. Obwohl in ihm nicht bis ins einzelne gehende gesetzliche Vorschriften erlassen werden, wie es die Regierung Heath versucht hatte, soll doch die Macht der Gewerkschaften dadurch geschwächt werden, daß neue gesetzliche Vorschriften für „closed shops“ und das Streikposten-Stehen (picketing) eingeführt werden. Dazu kommen quasi-gesetzliche Ausführungsbestimmungen, die schwerwiegende praktische Probleme mit sich bringen. Dieses Gesetz sieht in bezug auf die Rechte einzelner Arbeiter mehrere Änderungen vor. Es beseitigt die Vorteile, die das Beschäftigungsschutz-Abkommen („Employment Protection“) und das Gewerkschaftsgesetz („Trade

Union and Labour Relations Act") der letzten Labour-Regierung gebracht hatten. Harte Arbeitskämpfe sind nicht auszuschließen, falls z. B. die neuen Vorschriften für Streikposten bei einem Tarifkonflikt tatsächlich angewandt werden. Es könnte aber sein, daß eine peinliche Konfrontation der Regierung mit Streikenden durch umsichtiges Verhalten der Polizei vermieden wird.

Bis jetzt haben noch keine Nachwahlen stattgefunden, bei denen eine Änderung der Stimmenverhältnisse in einem Wahlkreis wahrscheinlich gewesen wäre. Die Regierung hat daher das Ende der ersten langen Sitzungsperiode (Mai 1979 bis November 1980, üblich sind sonst 12 Monate) praktisch unbeschadet überstanden. Da jedoch der wirtschaftliche Erfolg der Regierung Thatcher ausbleibt, ja jegliche Anzeichen dafür fehlen, mehren sich die Alarmzeichen und die Auseinandersetzungen im Kabinett; die Stimmung sinkt rapide.

Der Kampf um den Einfluß in der Labour Party

Das erste Jahr einer neuen Regierung ist selten leicht für die Opposition, besonders wenn diese Opposition Labour Party heißt. Die parteiinternen Auseinandersetzungen, verschärft durch den Rücktritt von James Callaghan, sind erbittert und vielschichtig. Es gibt mehrere Konfliktpunkte, die eng miteinander verknüpft sind. Die Auseinandersetzungen spitzen sich zu

- zwischen den „Linken“ und den „Rechten“, wie man es bei den meisten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien findet, und
- zwischen der Organisation der Partei im Lande, dem Parteivorstand und der Parlamentsfraktion des Unterhauses.

Kompliziert werden die Auseinandersetzungen (bei denen die Fronten nicht unbedingt deckungsgleich sind) durch den immer stärkeren Wunsch einiger einflußreicher Gewerkschaftsführer, die Entwicklung der Partei und ihrer politischen Konzepte in den Griff zu bekommen. Dies geschieht - zumindest zum Teil - mit der Absicht, die Konflikte zwischen Fraktion und Partei zu beenden; teilweise auch, weil sie der Partei eine besser organisierte und finanziell gesündere Grundlage verschaffen wollen, von der aus sie einen besseren Start in eine neue Regierung hätte. Nur ein kleiner Teil möchte Einfluß auf die *Politik* der Partei gewinnen. Auch innerhalb der Gewerkschaften, die mit der Labour Party eng verbunden sind, gibt es diese Auseinandersetzung zwischen „links“ und „rechts“. Im TUC wiederum, im Dachverband, gibt es Spannungen zwischen den politisch an die Labour Party angebotenen Gewerkschaften und den anderen. Das gilt zum Beispiel für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die überwiegend Angestellte organisieren, für die Gewerkschaften der kommunalen Bediensteten und für die Lehrer und die leitenden Angestellten im öffentlichen und privaten Sektor. Diese Gruppierungen sind im TUC jeweils etwa gleich stark.

Die Bedeutung der Gewerkschafter in der Labour Party

Um die Rolle der Gewerkschaften bei diesen Auseinandersetzungen zu verstehen, ist es wichtig, etwas über die Geschichte und die besondere Struktur der Labour Party zu wissen. Die Partei wurde 1900 gegründet, im Anschluß an einen Gewerkschaftsbeschuß des Jahres 1899, der sich für „eine bessere Vertretung der Arbeiterinteressen im Unterhaus“ ausgesprochen hatte. In einer aufschlußreichen Untersuchung über die Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften heißt es dazu: „Die Gewerkschaften gründeten die Labour Party nicht, weil sie für eine sozialistische Gesellschaftsordnung eintraten, sondern weil die Liberale Partei nicht länger in der Lage war, dem Anspruch der Arbeiter und deren immer offensiveren Kampf für gerechte Löhne Nachdruck zu verleihen. Deren Forderungen waren reformistisch, aber zu radikal-reformistisch für eine Arbeiterpartei, in der Wirtschaftsinteressen überwogen³.“

Die Labour Party repräsentierte in Großbritannien einen neuen Parteientypus, da sie von einer (neuen) Klasse gegründet wurde, die bis dahin nicht im Parlament vertreten gewesen war, nun aber dort Einfluß gewinnen wollte. Die älteren Parteien waren von Männern gegründet worden, die bereits einen Parlamentssitz innehatten und die Notwendigkeit sahen, angesichts der Ausdehnung des Wahlrechts durch eine straffe Organisation der Partei im Wahlkreis Unterstützung zu finden. Ein wenig ist von diesem historischen Unterschied bis heute erhalten geblieben. In der Konservativen Partei werden Parteizentrale und deren Mitarbeiter durch den Parteivorsitzenden kontrolliert, bei der Labour Party tut dies der gesamte Parteivorstand - der jährlich gewählt wird. So sind die Schwierigkeiten um die Führungsrolle der Parlamentsfraktion innerhalb der Labour Party zu erklären. Anfangs kannte die Labour Party keine Einzelmitgliedschaft. Mitglieder waren vielmehr die ihr angeschlossenen Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, aber auch die sozialistische „Independent Labour Party“, die „Social Democratic Federation“ und die „Fabian Society“. Diese Gruppierungen bildeten ein spannungsreiches Bündnis. Einige der Gewerkschafter waren Sozialisten, vor allem Mitglieder der sogenannten „neuen“ Gewerkschaften, die in den 1890er Jahren begonnen hatten, auch ungelernete Arbeiter zu organisieren. Andere Gewerkschafter waren in bestehende Parteien integriert und setzten sich - wie oben erwähnt - nicht aus ideologischer Überzeugung für eine eigene Arbeiterpartei ein, sondern weil sie wollten, daß Arbeiter ins Parlament gewählt wurden. Einige Gruppen, wie z. B. die Bergarbeiter, waren schon vorher im Parlament vertreten, die Abgeordneten der Bergarbeiter gehörten bis 1910 zur Fraktion der Liberalen.

1918 nahm die Labour Party eine „sozialistische“ Satzung an, ermöglichte die Einzelmitgliedschaft und begann sich auf der Basis der Wahlkreise zu organisieren. Die Gewerkschaften akzeptierten diese Veränderung, doch die Spannungen blie-

³ Tony Lane: *The Union Makes Us Strong*, London 1974.

ben, und in den 20er Jahren schwankten sie politisch-strategisch zwischen Arbeitskämpfen einerseits (die im Generalstreik von 1926 ihren Höhepunkt fanden), und dem Vertrauen auf politische Veränderungen andererseits. Ihre Erfahrungen mit den Labour-Regierungen von 1924 und 1929 waren nicht dazu angetan, ihre Hoffnungen zu stärken; aber der Übertritt von Ramsey Macdonald in die „Regierung der nationalen Einheit“ im Jahre 1931 und die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre überzeugte sie von der Notwendigkeit sozialistischer Planung mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung zu sichern und zu erhalten.

Die Einzelmitglieder waren in der Labour Party in der Minderzahl, und ihr Anteil am gesamten Mitgliederstand der Partei ging ständig zurück. Die Mitgliedschaft rekrutierte sich mehr und mehr aus sozialistischen Gruppierungen, Genossenschaften und Mitgliedern von TUC-Gewerkschaften, aber auch aus anderen Verbänden, denen vom TUC ein quasi-gewerkschaftlicher Status eingeräumt wird. Alle zahlen eine sogenannte „politische Abgabe“. 1913 wurde es den Gewerkschaften erlaubt, die im engeren Sinne politischen Aufgaben aus einem separaten Fonds zu bestreiten, wenn sich die Mitglieder in einer Abstimmung für die Einrichtung eines solchen Fonds aussprachen. Es bestand jedoch die Möglichkeit, sich von der Zahlung an diesen Fonds befreien zu lassen, ohne die Rechte als Gewerkschafter einzubüßen. Aus all dem geht hervor, daß die Labour Party finanziell von den Gewerkschaften abhängig ist. Für den Wahlkampf-Fonds der Labour Party sind die Gewerkschaften unersetzlich.

Die Stimmenzahl bei den Parteikongressen basiert auf der Zahl der Mitglieder. Die Delegierten der Gewerkschaften verfügen über ungefähr achtmal so viele Stimmen wie die Wahlkreis-Delegierten. Auch deshalb ist der Einfluß der Gewerkschaften auf die politischen Entscheidungsprozesse groß. 12 der 29 Mitglieder des Parteivorstandes werden als Vertreter der Gewerkschaften nur von deren Delegierten gewählt. Der Einfluß der Gewerkschaften wird durch die Konzentration der Stimmen noch gestärkt. Die fünf größten der insgesamt etwa 60 angeschlossenen Gewerkschaften verfügen über genug Stimmen, um gemeinsam eine Mehrheit zu bilden. Die Stimmen der Delegierten einer Gewerkschaft werden in der Regel als Block abgegeben, selbst wenn ein Beschluß nur mit knapper Mehrheit gefaßt wurde. Die Gewerkschaften können auch die Wahlkampagnen von Labour-Kandidaten für das Parlament finanziell unterstützen. Bei den Wahlen für die letzten Parlamente wurden etwa ein Drittel der Labour-Abgeordneten von den Gewerkschaften finanziert.

Der Satzungskonflikt in der Labour Party

Eine der auffälligsten innerparteilichen Entwicklungen ist die wachsende Entfremdung zwischen Parteivorstand und Fraktion. Bis 1969 hatte der Parteivorstand nicht ein einziges Mal der Politik der Labour-Regierung widersprochen. Aber dann

verwarf er praktisch die gesamte Politik der Jahre 1974 bis 1979 und ist seitdem bestrebt, die Parlamentsfraktion durch drei Satzungsänderungen unter Kontrolle zu bringen:

1. Das Wahlprogramm soll vom Parteivorstand allein verfaßt werden - und nicht in einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Regierung oder - in Oppositionszeiten - zusammen mit einem Fraktionsausschuß bzw. dem „Schattenkabinett“.
2. Der Parteivorsitzende (bei einer Labour-Regierung ist er Premierminister) soll nicht länger nur von der Fraktion gewählt werden, sondern von einem Wahlgremium, in dem die Fraktion, die Gewerkschaften und die lokalen Parteiorganisationen vertreten sind.
3. Alle Abgeordnete müssen vor einer Wahl erneut bestätigt werden.

Diese Vorschläge haben die Debatte um politische Streitfragen in den Hintergrund gedrängt. Der erste Punkt wurde abgelehnt; der dritte, der die Möglichkeit bietet, Abgeordnete vor Beendigung der Legislaturperiode zur Rechenschaft zu ziehen, wurde angenommen. Der zweite führte zu einer ziemlich verworrenen Patt-Situation. Es herrschte Übereinstimmung, daß die Machtbefugnisse der Fraktion einzuschränken seien; doch die Vorschläge, wie das Wahlgremium zu besetzen sei, wurden abgelehnt. Ein Sonderparteitag im Januar 1981 soll sich auf ein Verfahren einigen, wie dieses innerparteiliche Wahlrecht zu erweitern ist. Ungeachtet zahlreicher Appelle, im Amt zu bleiben, trat James Callaghan 1980 als Parteiführer zurück und gab damit der Fraktion eine letzte Chance, den Fraktionsvorsitzenden selbst zu wählen. Dieser wird entscheiden müssen, ob er sich unter den Bedingungen der neuen Satzungsstruktur einer Wiederwahl stellen will. Der Sieg von Michael Foot über Denis Healy (139:129 Stimmen) wurde allgemein als ein Versuch der Fraktion angesehen, eine Auseinandersetzung zwischen zwei „Päpsten“ zu vermeiden und statt dessen lieber einen Fraktionsvorsitzenden zu wählen, dessen Bestätigung im Amt durch ein Wahlgremium der Partei sicherer scheint.

Nicht alle „Linken“ begrüßten die Wahl von Michael Foot, obgleich sich Foot seit jeher der „Linken“ zugehörig fühlt. Es gibt mehrere Faktoren, die seine Einschätzung schwierig machen: seine Rolle in der letzten Labour-Regierung als loyal zu Callaghan stehender Vize-Premier, sein Festhalten an der Tradition des Parlamentes (er verhinderte gemeinsam mit rechtsgerichteten Konservativen eine Reform des Oberhauses) und sein Widerstand gegen Parlamentsausschüsse (die seiner Meinung nach die Bedeutung der Debatten im Parlament reduzieren) und nicht zuletzt seine Toleranz und Umgänglichkeit. Er ist vielleicht konzilianter, als die Presse es annimmt, die seine Wahl als Geschenk für die Konservativen begrüßte.

Die „Dreierbande“

Obwohl sich die Fraktion insgesamt für eine Politik des Ausgleichs entschieden zu haben scheint, gibt es eine Gruppe von Abgeordneten, unter der Führung von

David Owen, dem ehemaligen Außenminister, und Bill Rodgers, einem weiteren ehemaligen Kabinettsmitglied, die die Linksentwicklung der Partei bekämpfen und die Unabhängigkeit der Fraktion bewahren wollen. Im August 1980 veröffentlichten sie zusammen mit Shirley Williams, einer ehemaligen Ministerin, die 1979 bei der Kandidatenaufstellung unterlegen war, einen offenen Brief im „Guardian“⁴, der ihnen die Bezeichnung „Dreierbande“ eintrug. Sie wiesen darauf hin, daß die Labour Party 1979 das schlechteste Ergebnis seit dem katastrophalen Wahlausgang von 1931 erzielt hatte, als sie auf eine Handvoll Sitze reduziert wurde. Sie wenden sich gegen eine „starre Politik, die auf bürokratischem Zentralismus und Staatskontrolle aufbaut. . . und nur die doktrinäre Minderheit der Anhänger anspricht“; sie geben sich beunruhigt über eine - in ihren Augen - wachsende Ablehnung einer gemischten Wirtschaft und eine Zunahme der Einfuhr-Kontrollen, über einen eventuellen Rückzug aus der EG und der NATO (das Zuletztgenannte wurde auf dem letzten Parteitag mit großer Mehrheit abgelehnt). Sie sind beunruhigt über „Insularismus“ und Engstirnigkeit. Sie zeigen sich bestürzt über die augenscheinliche Infiltration der Partei durch Vertreter der „dogmatischen Linken . . . , die die Demokratie ganz offen als eine Farce betrachten“. Außerdem lehnen sie die vorgeschlagenen Satzungsänderungen ab. Das Konzept eines Wahlgremiums wollen sie nicht akzeptieren. Sie schlagen statt dessen vor, das Wahlrecht bei der Wahl des Vorsitzenden und der Parlamentskandidaten so zu erweitern, daß *alle* Parteimitglieder darüber abstimmen können; außerdem sollen nach ihrer Meinung die Parlamentsfraktion sowie die Abgeordneten der Wahlkreise und die kommunalen Abgeordneten eigene Vertreter im Parteivorstand bekommen.

Sollte die Labour Party ihre demokratischen Grundsätze und die Prinzipien internationaler Zusammenarbeit aufgeben, dann könnten, so schließen sie, „die Argumente für die Gründung einer neuen demokratisch-sozialistischen Partei immer stärker werden, einer Partei mit moralischem Verantwortungsgefühl und der Bereitschaft zu Reformen, die sich den genannten Prinzipien und Grundsätzen verpflichtet fühlt“. Der wichtigste Konfliktpunkt für diese Gruppe ist die Frage der weiteren Zugehörigkeit Großbritanniens zur EG, die in der Tat zur Debatte steht, falls es keine grundlegenden Veränderungen - beispielsweise im gemeinsamen Agrarmarkt - gibt.

Perspektiven

Der Grund für die Spannungen in der Partei liegt nicht in mehreren aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen, sondern in den Fehlern und dem Versagen in der Labour-Regierungszeit, die die Spannungen zwischen dem linken und dem rechten Hügel sowie zwischen der Parlaments- und der Gewerkschaftsfraktion verschärft haben. Die Gewerkschaften selbst haben sich nach links entwickelt, und die Einzel-

⁴ 1. August 1980.

mitglieder sind auf ihrer Seite. Während es 1960 darum ging, mit welcher Politik die Wahlen zu gewinnen seien, handelt es sich jetzt darum, wie die Fraktionsführung im Parlament am besten zu kontrollieren sei, um eine Wiederholung der Jahre 1964 bis 1970 und 1974 bis 1979 zu verhindern. Die damaligen Labour-Regierungen hatten ihre eigenen Anhänger bitter enttäuscht und waren schließlich von den Wählern insgesamt als Versager betrachtet worden.

Trotz aller Enttäuschungen besteht auf Seiten der Gewerkschaften nicht die Absicht, ihre Bindungen an die Labour Party zu lösen, bei deren Gründung sie Pate standen. Zwar wächst innerhalb des TUC die Bedeutung derjenigen Gewerkschaften, die keine Bindungen an die Labour Party haben, doch deren Führer sympathisieren überwiegend mit der Labour Party. Die National and Local Government Officers Association (NALGO), die Gewerkschaft der Regierungsangestellten (viertgrößte Gewerkschaft des TUC und größte ohne Labour-Bindung), beginnt vorsichtig zu diskutieren, ob sie offizielle Bindungen zur Partei anstreben soll. Dies brächte ihr wahrscheinlich größere Vorteile für die Mitglieder, was angesichts der Folgen der konservativen Politik im öffentlichen Dienst ja auch sehr wichtig wäre. Der Vorsitzende der NALGO hat (als Vertreter des TUC) bereits einen Sitz im gemeinsamen Beratungsgremium von TUC und Partei.

Das Stimmverhalten der Gewerkschaften bei den Satzungsfragen läßt vermuten, daß sie ein Interesse daran haben, eine größere Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Teilen der Partei herzustellen, daß sie aber die Unabhängigkeit der Parlamentsfraktion wahren wollen. Sie wollen sie aber in stärkerem Maße gegenüber denjenigen, die sie wählen und unterstützen, verantwortlich machen.

Auf der Labour-Rechten gibt es Personen und Gruppen, die eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaft befürworten, aber kaum jemand will die Beziehungen zu den Gewerkschaften irgendwie beschweren. Es ist kaum zu erkennen, wie die Labour-Partei ohne die finanzielle und organisatorische Unterstützung wenigstens einiger Gewerkschaften überleben kann, es sei denn mit öffentlichen Geldern. Dies hätte jedoch einen Pferdefuß: Vermutlich dürfte die Gewährung staatlicher Unterstützung von einer Zustimmung der Wähler abhängig sein, und derartige Hoffnungen könnten sich als trügerisch erweisen.

Zwischen einer Partei und den Gewerkschaften, die ihrem Wesen nach Gruppeninteressen und -belange vertritt, sind Probleme unvermeidlich. Dies erst recht, wenn die Bindungen zwischen beiden traditionell so eng sind. Auf der einen Seite müssen Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik mit dem Prinzip freier Tarifverhandlungen in Einklang gebracht werden; auf der anderen Seite gibt es einer marxistischen Analyse zufolge - wie sie von Perry Anderson vertreten wird - für die Gewerkschaften bestimmte Grenzen⁵: „Als Institutionen stellen Gewerkschaften

⁵ Die Grenzen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Politik werden erörtert in R. Blackburn/A. Cockburn (Hrsg.), *The Incompatibles: Trade Union Militancy and Consensus*, London 1967.

DIETER EICH

die Existenz einer Klassengesellschaft nicht in Frage, sie sind vielmehr dessen Ausdruck Sie können im Rahmen der Gesellschaft handeln, sie aber nicht grundlegend umgestalten." Ob gut oder schlecht, die Gewerkschaften und eine mit ihnen verwachsene „Labour“ Party sind ein Teil unseres gemeinsamen Erbes, das wir mit anderen Ländern, mit Skandinavien und mit den Ländern des Commonwealth, teilen. Es ist unwahrscheinlich, daß dieses Erbe sich aufzehrt.